

Verantwortungsvoller Rückbau der Atomkraftwerke: Die Elbe darf nicht zum radioaktiven Abwasserklo werden

Durch eine Amtliche Bekanntmachung Ende 2018 in der Zeitung und aufmerksame Umweltinitiativen bekamen es auch viele Menschen im Bereich Cuxhaven und Otterndorf mit: Der Atomkonzern Vattenfall will im Rahmen des Rückbaus des AKW Brunsbüttel bis zu 20 Jahre lang radioaktive Abwässer in die Elbe leiten. Die beantragten Mengen orientieren sich an dem, was vor Jahrzehnten in der Strahlenschutzverordnung als Grenzwert festgelegt worden ist. Später wurde die Strahlenschutz-VO durch „Freimess-Regeln“ für schwach radioaktive Abfälle ergänzt, unter denen diese rein rechtlich gesehen kein Atommüll mehr sind und sogar auf Deponien dürfen. Alle bisherigen Rückbaugenehmigungen auch für andere AKWs orientieren sich an diesen Werten. Für Brunsbüttel kämen da pro Jahr mehrere Milliarden Becquerel verschiedener radioaktiver Reststoffe zusammen, die nach Filterung durch ein Rohr in die Elbe gelassen werden sollen. Hinzu kommt noch radioaktives Tritium, das nicht herausfilterbar ist und daher getrennt in höherer Menge beantragt wurde. Ein Erörterungstermin und die Genehmigungen für die Einleitungen stehen noch aus. Für den Rückbau der anderen Elbe-Atomkraftwerke stehen in den nächsten Jahren noch weitere Verfahren an.

Hoher Grenzwert und Minimierungsgebot – ein Widerspruch

Aus Otterndorf und Cuxhaven schlossen sich spontan Menschen zu einer Initiative für verantwortungsvollen AKW-Rückbau zusammen. Sie halten diese Einleitungen zu großen Teilen für vermeidbar, wenn die Atomkonzerne optimale Reinigungstechniken einsetzen würden, die heute vorhanden sind. Durch Einsatz solcher elektronischer Filter haben die Betreiber die Werte auch schon deutlich senken können. Die Strahlenschutzverordnung enthält neben den Grenzwerten nämlich auch ein so genanntes Minimierungsgebot, nachdem Radioaktivitätsabgaben in die Umwelt so gering wie technisch möglich gehalten werden müssen. Zwischen dem Minimierungsgebot und den alten Grenzwerten sehen Kritiker einen klaren Widerspruch im Gesetz. Würde jetzt alles mit den alten Werten genehmigt, befürchten die Initiativen, dass Vattenfall aus Gründen der Kostenersparnis die alten Grenzwerte voll ausnutzt, auf weitere Filterung verzichtet und viel zu hohe Mengen an radioaktiven Stoffen in die Elbe und bis an die Urlaubsstrände der beiden Nordseebäder gelangen. Darunter befinden sich Strontium, Cäsium und weitere Stoffe, die hohe Halbwertszeiten haben und in kleinen Mengen Auswirkungen auf Menschen, Tiere und Natur haben können. Gegenüber dem heutigen Stand wäre nach Angaben von Herrn Hinrichsen (BUND Kreis Steinburg) nochmals eine ca. 50-fache Reduzierung der radioaktiven Einleitungswerte technisch möglich.

Sowohl Stadt und Landkreis Cuxhaven haben sich in Resolutionen gegen die Einleitungen ausgesprochen. Über 4000 Menschen auf der hiesigen, südlichen Elbeseite haben Sammel- und persönliche Einwendungen erhoben. Sie fordern eine Festschreibung deutlich niedrigerer Einleitungswerte in der Genehmigung. Allerdings müssen sich alle darauf einstellen, dass eine Filterung auf 0 Radioaktivität beim Atom-Rückbau nicht möglich sein wird. Die Alternative, die alten AKWs einzuschließen und so stehen zu lassen, ist nach dem Atomgesetz unzulässig, sie müssen rückgebaut werden. (Hier gab es viele Stimmen, die für Einschließungen des radioaktiv belasteten Abrissmaterials vor Ort plädierten, aber der Bundestag beschloss anders.) Das heißt: Völlig strahlenfrei kann die Elbe nicht werden, das ist eine Langzeitfolge aus Jahrzehnten falscher Atompolitik.

Bündnis 90/Die Grünen stehen klar zum in Deutschland beschlossenen Atomausstieg, in dessen Rahmen 2021 mit Brokdorf das letzte Atomkraftwerk an der Elbe abgeschaltet werden soll. Fukushima, Tschernobyl und das Atommüllproblem erinnern immer wieder an die Gefahren von Radioaktivität. Die Erneuerbaren Energien sind heute eine umweltfreundliche und auch wirtschaftliche Alternative für die Stromgewinnung.

Wegen der Widersprüche in der Strahlenschutz-Verordnung bei Grenzwerten und beim Minimierungsgebot hat der Grüne Kreisverband jetzt über die Bundestagsfraktion um eine gesetzlich-rechtliche Prüfung gebeten. Auch beteiligen sich Mitglieder der Grünen an der Initiative für verantwortungsvollen AKW-Rückbau. Dieses hat inzwischen Briefe an alle beteiligten Institutionen geschrieben und bereitet eine Informationsveranstaltung sowie den Beitrag zum Erörterungstermin fachlich vor. Das Ziel ist klar: Die Einleitungen in die Elbe müssen auf den technisch möglichen kleinsten Wert heruntergefahren werden, und da geht noch viel.

Dieser Beitrag wurde von Christof Lorenz verfasst.



Atommüllfässer: Kein Straßentheater – wie hier auf dem Bild – hier in der Nordersteinstraße, Anlass waren die geplanten Atomtransporte durch Cuxhaven 2009 – sondern Atommüllfässer sind gefährliche Realität: Die Rückstände aus dem AKW-Abriss in Brunsbüttel und anderswo müssen verantwortungsvoll entsorgt werden, ohne zur Gefahr für Mensch und Umwelt zu werden.



Mahnwache zum Fukushima-Jahrestag am 11.3.2019 in Cuxhaven